

J3 Für ein transparentes, grundrechtsorientiertes und demokratiefestes Polizeiaufgabengesetz – Kritische Begleitung der PAG-Novelle und Einrichtung einer breit legitimierten Arbeitsgruppe

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Thüringen unterstützt die von der Landesregierung beabsichtigte
3 Novellierung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes (PAG) ausdrücklich.
4 Ziel ist ein modernes, verfassungsfestes und an den technologischen sowie
5 gesellschaftlichen Wandel angepasstes Polizeirecht, das die Polizei befähigt,
6 Gefahren effektiv abzuwehren, Straftaten vorzubeugen und gleichzeitig die Grund-
7 und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

8 **1. Positionierung zur PAG-Novelle**

9 Die SPD Thüringen erkennt die Notwendigkeit einer Modernisierung des Thüringer
10 Polizeiaufgabengesetzes an. Zugleich stellt der Landesparteitag fest, dass der
11 vorliegende Entwurf des Innenministeriums in zentralen Punkten
12 verfassungsrechtliche, grundrechtliche und demokratietheoretische Fragen
13 berührt.

14
15 Der Landesparteitag hält fest, dass die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen u. a.
16 · präventive elektronische Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfesseln),
17 · KI-gestützte Videoüberwachung,
18 · Distanz-Elektroimpulsgeräte im Regelbetrieb,
19 · digitale Rasterfahndung,
20 · Gesichtserkennung und Stimmabgleich,
21 · automatisierte Kennzeichenerfassung
22 je nach konkreter Ausgestaltung der Maßnahmen tief in die Grundrechte eingreifen
23 und deshalb hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihrer Verhältnismäßigkeit und
24 damit ihrer verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit höchsten rechtsstaatlichen
25 Ansprüchen genügen müssen. Dies betrifft insbesondere das Vorhandensein
26 ausreichender Kontroll- und Missbrauchsschutzmechanismen.

27
28 Der Landesparteitag stellt weiterhin fest, dass ein Teil der Mitglieder der SPD
29 Thüringen und insbesondere die Jusos Thüringen, dem Entwurf der Novellierung des

30 Thüringer Polizeiaufgabengesetz kritisch gegenübersteht und die Notwendigkeit
31 der Eingriffe, ihre Verhältnismäßigkeit und damit ihre verfassungsrechtliche
32 Unbedenklichkeit als nicht hinreichend dargelegt betrachten

33
34 Wir fordern daher die Landtagsfraktion auf, diese Maßnahmen im
35 Gesetzgebungsverfahren kritisch zu prüfen, in Teilen gegebenenfalls
36 zurückzuweisen und dafür Sorge zu tragen, dass mit den Regelungen die
37 Grundrechte gewahrt, strukturelle Diskriminierung und politischer Missbrauch
38 verhindert wird.

39
40 **2. Gemeinsame Grundüberzeugungen**

41 Die SPD Thüringen bekräftigt:

- 42 · Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden und stehen
43 zueinander in gegenseitiger Abhängigkeit.
- 44 · Jede Erweiterung polizeilicher Befugnisse bedarf strikter Grundrechtsbindung
45 und muss vollständig verhältnismäßig, transparent und kontrollierbar
46 ausgestaltet sein.
- 47 · Ein Polizeiaufgabengesetz darf niemals Instrumente schaffen, die
48 antidemokratische und autoritäre Kräfte missbrauchen könnten.
- 49 · Änderungen am ThürPAG können nur mit demokratischen Mehrheiten beschlossen
50 werden.

51

52 **3. Einrichtung einer neuen, breit legitimierten Arbeitsgruppe**

53 Zur strukturierten innerparteilichen Beratung der unter Ziffer 1 aufgeführten
54 Maßnahmen wird eine Arbeitsgruppe „PAG-Novelle“ mit folgender Struktur
55 eingerichtet:

56 a) Zusammensetzung:

- 57 · 2 Vertreter*innen der Jusos Thüringen
- 58 · 2 Vertreter*innen des Landesvorstandes
- 59 · 2 Vertreter*innen der Landtagsfraktion
- 60 · 1 Vertreter*in der Landesregierung
- 61 · 1 Vertreter*in der ASJ
- 62 · 1 externe verfassungsrechtliche oder polizeiwissenschaftliche Fachperson
- 63 · 1 externe zivilgesellschaftliche Stimme aus dem Bereich Bürgerrechte /
64 Datenschutz

65
66 b) Arbeitsweise:

- 67 · Die AG arbeitet transparent; Protokolle werden allen Parteiebenen zugänglich
68 gemacht.
- 69 · Kritische Minderheitenpositionen werden ausdrücklich im Bericht der AG
70 dokumentiert.
- 71 · Die AG erhält ein Mandat, verfassungsrechtliche Bewertungslinien
72 herauszuarbeiten und die Position der Partei für das parlamentarische Verfahren
73 vorzubereiten bzw. dieses zu begleiten.
- 74 · Die AG arbeitet konsensorientiert, aber nicht konsensverpflichtet; Dissens
75 wird sichtbar gemacht.
- 76 · Die AG tagt mindestens monatlich und lädt bei Bedarf zusätzliche Expertise

77 ein. Es wird mindestens einmal eine parteiöffentliche Veranstaltung zu der
78 Novelle des PAG und dem Arbeitsstand aus der AG stattfinden.
79

80 **4. Ergebnisbericht und Einbindung in das parlamentarische Verfahren**

81 Die AG legt dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion fortlaufend
82 Einschätzungen zu den relevanten Kritikpunkten vor und erarbeitet spätestens vor
83 Abschluss der parlamentarischen Beratungen eine gemeinsame oder – sofern
84 erforderlich – differenzierte Positionierung der Partei.

85 Die SPD Thüringen bekräftigt: **Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze –
86 sie bedingen einander.**

87 Eine starke Demokratie braucht sowohl eine handlungsfähige Polizei als auch
88 klare rechtliche Grenzen, die den verfassungsrechtlichen Grundsätzen und der
89 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entsprechen.